

Kampagnen müssen Spaß machen

Parteivorsitzender Bernd Riexinger im Ortsverband Süd

„Wir sind kein Hasenzüchterverein – also macht alle mit“ – dieser Aufruf von Bernd Riexinger bei der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Süd am 30. Juni war ein bisschen unkonventionell, aber unmissverständlich. Es ging um die Diskussion der jüngsten Dokumente der LINKEN und vor allem darum, wie sie in den Basisgruppen mit Leben erfüllt werden. Aber wenn man den Parteivorsitzenden schon einmal direkt vor sich hat, dann erwartet man natürlich auch Aussagen zur politischen Lage, die bis in die Basisgruppen der LINKEN ganz und gar getragen ist von Solidarität mit dem griechischen Volk und dem Kampf der linken Syriza-Regierung gegen die Diktate der Finanzindustrie und der EU-Politiker.

„Wir sehen in Griechenland den Scherbenhaufen der EU-Politik von Merkel und Schäuble“, sagte Riexinger, „Technokraten in der EU, die niemals gewählt wurden“. Es sei ein eigenartiges Demokratieverständnis innerhalb der EU. Anhand von Beispielen über die verschiedenen angebotenen Hilfsprogramme stellte Riexinger fest, dass „gerade jetzt wieder sehr viel gelogen“ werde und da muss gegen gehalten werden. „Und das hat sehr viel mit unserem Manifest zu tun“, sagte er und leitete aus den aktuellen Gegebenheiten die Grundpositionen des Manifestes der Parteivorsitzenden „Die kommende Demokratie 2.0“ her. Die bestehenden Verhältnisse anzuklagen, reiche nicht, es müssten Vorschläge formuliert werden, wie eine wirklich demokratische Gesellschaft aussehen könnte. „Wir sind gerade auf dem Weg des autoritären Kapitalismus“, stellte er fest. Wer diesen ändern will, der müsse die ökonomischen Grundlagen ändern. Es gehe um Demokratie in der Wirtschaft, Genossenschaften, belegschaftseigene Betriebe, öffentliches Eigentum. Im Kapitalismus werde sogar die öffentliche Daseinsvorsorge „verwertet“.



Durch die Steuerpolitik werde die öffentliche Hand unterfinanziert und die „Öffentlich-privaten Partnerschaften“ forciert – ein „gesellschaftlicher Unsinn“, gegen den sich die LINKE in den „Alltagskämpfen“ konsequent positionieren müsse. Als „Infrastruktursozialismus“ bezeichnete Riexinger die kommunale Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge. Es gebe im Moment zwar keine revolutionäre Lage, aber viele konkrete Klassenkämpfe. Diese müsse man nutzen, um über die Transformation in eine andere Gesellschaft zu sprechen. Schon Rosa Luxemburg habe festgestellt, dass es nicht um Reform *oder* Revolution gehe, sondern um Reform *und* Revolution.

Zum bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommen gebe es in der LINKEN, wie auch unter den beiden Vorsitzen-

den, verschiedene Auffassungen. Aber die Frage müsse jetzt nicht entschieden werden. Jetzt gehe es zunächst darum, das unwürdige Hartz IV abzuschaffen.

Für die Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse „Das muss drin sein“ habe DIE LINKE eigentliche Selbstverständlichkeiten für eine Gesellschaft formuliert, die „drin sein müssen“. 25 % prekäre Arbeitsverhältnisse und 30 % prekäre Lebensverhältnisse haben nichts mehr mit der Konjunktur zu tun, sondern damit, dass Unternehmen bereits mit den geschaffenen Möglichkeiten von Leiharbeit und Werkvertragsfirmen kalkulieren.

Daher die fünf Forderungen in der Kampagne, die bis zur Bundestagswahl 2017 geführt werden soll:

Leiharbeit und Befristungen stoppen, Mindestsicherung ohne Sanktionen, statt Dauerstress Umverteilung der Arbeitszeit, mehr Personal für Pflege und Gesundheit, bezahlbare Wohnungen und Energie. Ab September stünden die befristeten Arbeitsverhältnisse im Mittelpunkt, zu Weihnachten die Wohn- und Energiekosten. „Wir müssen kampagnefähiger werden“, orientierte Riexinger den Orts- und den Kreisverband. In jeder Basisgruppe sollten Kampagnengruppen gebildet werden, die sich mit den konkreten Vorgängen im alltäglichen Umfeld beschäftigen und daraus die Notwendigkeit der Transformation in eine andere Gesellschaft begründen.

Und denkt daran: „Kampagnen müssen Spaß machen.“



In dieser Ausgabe

DIE ZWEITE SEITE

- 2 Leserbrief: „Wiese des Volkes“ ohne Bürgervotum/Unwürdiges Spiel um Pfingstberg

LINKS INFORMIERT

- 3 Beispielhaftes Willkommen in Potsdam: Flüchtlinge an der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule

KALENDERBLÄTTER

- 4 Potsdamer Konferenz besiegelt Teilung Deutschlands/45 Jahre später die politischen Schritte zum Anschluss der DDR an die BRD

LINKS IM RATHAUS

- 5 „Minsk“ soll dem Wohnungsbau geopfert werden/Suppenküche wieder auf Verwaltungscampus/Werkstattverfahren Lustgarten kein Meinungsbild des Bürgerwillens

BABELSBERG/ ZENTRUM OST

- 6/7 Kinderfest in Babelsberg/„Ist das noch Demokratie oder kann das jetzt weg?“ – politische Filme im Thalia-Kino/Seesportclub gefährdet/Auszeichnung als „Fanprojekt des Jahres für SV Babelsberg 03 und „Welcome United“

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ für den August erscheint am 15. August 2015. Redaktionsschluss ist am 27. Juli 2015.

**Ralf Christoffers
neuer Vorsitzender
der LINKEN-Fraktion
im Landtag**

Mit 64,7 Prozent (17 gültige Stimmen, mit 11 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 5 Enthaltungen) wurde **Ralf Christoffers** zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.



Thomas Domres wurde zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer mit 82,4 Prozent (17 gültige Stimmen, mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung) gewählt.

Kathrin Dannenberg (88,2 Prozent, 15 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen) und **René Wilke** (76,5 Prozent, 13 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen) wurden als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt.

Außerdem sind **Gerrit Große** (76,5 Prozent, 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen) und **Isabelle Vandré** (76,5 Prozent, 13 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen) als Mitglieder des Vorstandes gewählt worden.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Leserbrief:

„Mercure“ – Abriss für „Wiese des Volkes“?

Natürlich können und sollen wir in die Architektur und den Grundriss der Stadt Potsdam eingreifen. Doch müssen wir uns deshalb auch ins 18. Jahrhundert zurückbeamen, Schlösser und Kirchen neu bauen, Sichtachsen wiederherstellen, Straßen verengen und nicht ins Bild passende Gebäude verfallen lassen oder abreißen? Was wollen wir damit sagen und was sagt das über uns? Die Frage, ob das „Mercure“ – nach einer Schamfrist – abgerissen werden soll oder nicht, berührt drei Kernprobleme unserer Kommune:

Ein funktionierendes und nachgefragtes Hotel in einer Stadt abzureißen, die Unterkünfte für Besucher dringend nötig hat, ist absurd. Gelder für dessen Abriss ausgeben zu wollen, um eine historische Platzsituation zu rekonstruieren, zeugt von einer zumindest leichtfertigen Einstellung gegenüber den Problemen dieser Stadt und fehlgeleiteten finanziellen Prioritätensetzungen.

Das zweite Problem berührt die mani-

pulierende Art und Weise, wie das Abrissprojekt durchgesetzt und öffentlich kommuniziert wird. Zwar sind die Befürworter des „Mercure“ unter den Potsdamern zahlenmäßig sehr stark vertreten, wahrscheinlich sogar in der Mehrheit, doch wurde deren Position im Wettbewerbsverfahren von Anfang an ignoriert. Das Planungsziel wurde klar formuliert. Keiner der geplanten Entwürfe durfte eine Alternative zum Abriss zulassen. Die dann entstehende Brache als „Wiese des Volkes“ zu etikettieren, angesichts der Tatsache, dass das Volk nicht ernst genommen wurde, ist leider genauso bezeichnend für das Selbstverständnis der Verantwortlichen, die offenbar mehr auf Manipulation und Lenkung setzen als auf demokratische Beteiligung.

Das dritte Problem betrifft den Umgang mit dem historischen Erbe der DDR, der vor allem auf dem Gebiet der Symbolpolitik ausgetragen wird. Ob es dabei um die Umbenennung von Straßennamen geht oder um die Umgestaltung von Stadträumen,

immer bedeutet die symbolische Neu besetzung signifikanter Räume einer Stadt auch ein Statement für oder gegen die historischen Erfahrungen ihrer Bewohner. Doch warum soll der in vielen Städten weltweit geglückte Kompromiss von rekonstruierender sowie innovativer Bautätigkeit zur Bewahrung und Einfügung bedeutender Spuren aller historischen Epochen in das Potsdamer Stadtbild verhindert werden? Dadurch würde die Potsdamer Stadtgeschichte in Zukunft zwischen 1945 und 1990 eine symbolische Lücke aufweisen. Warum kann nicht auch in Potsdam eine Stadtlandschaft entstehen, in der das Alte und das Neue miteinander kommunizieren, ohne das die Epoche der DDR ausgeblendet oder auf architektonische Belanglosigkeiten reduziert wird? So wie jede Gegenwart ihre Geschichte reflektiert, könnte sich dann die Silhouette des Stadtschlösses in einer modernisierten Fassade des „Mercure“ spiegeln.

Prof. Dr. Jürgen Angelow

„Unwürdiges Machtspiel“ schwächt öffentliches Recht

Rathauskooperation verweigert Festhalten am B-Plan Pfingsberg

Ein Bühnenstück mit Erinnerungswert bot die SVV im Juni beim Tagesordnungspunkt 8.23 „Öffentlichen Zugang am Pfingsberg sichern“, einem Antrag der LINKEN – Komödie oder Tragödie – was aufgeführt wurde, hatte kein Drehbuch, entwickelte sich spontan, gespeist aus den politischen Hintergründen der Akteure.

Die für alle geltende Ausgangstatsache: Eine der vielen Villen in Potsdam, in vortrefflicher Lage mit großem Garten am Pfingsberg, wird von der Schlösserstiftung an einen Privatmann verkauft. Der verpflichtet sich, auch die umliegende Parkanlage samt der anderen maroden Villa Schlieffen denkmalgerecht wieder herzurichten und zäunt alles ein. Die Anwohner, ihres beliebten Parks beraubt, protestieren, zumal sich schnell herausstellt, dass ein städtischer Bebauungsplan hier eine öffentliche Grünfläche ausweist. Allerdings: der Privatmann ist Herr Döpfner, dem man in der Stadt schon wegen vielfältigen Engagements dankbar ist.

Alle Fraktionen schienen einig: Der B-Plan ist die gesetzliche Grundlage, die öffentliche Zugänglichkeit zu verlangen. Es gibt Verhandlungen, denn die Schlösserstiftung hatte Zusagen gemacht über Dinge, die ihr nicht zustanden. Die Bürger geben keine Ruhe, eine Bürgerinitiative bildet sich, der Streit wird öffentlich geführt, dann greift der Oberbürgermeister ein. Er informiert den Hauptausschuss, dass ein Spitzengespräch keine Lösung brachte, denn die Gegenseite lehnte „eine näher

an den Festsetzungen des Bebauungsplanes angelehnte Variante der Zwischeneinfriedung“ ab. Daher habe er der Stiftung und dem Hauptausschuss vorgeschlagen, dass die Stadt in einem ersten Schritt die Verkehrssicherungspflicht für die lt. Bebauungsplan öffentliche Fläche übernehmen könne und es langfristig auch vorstellbar wäre, dass die Landeshauptstadt die Fläche in ihr Eigentum übernimmt und sie dann denkmalpflegerisch entwickelt.

So war der Antrag der Linksfraktion im Tagesordnungspunkt 8.23 logisch: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dagegen aus, durch eine Änderung des B-Planes große Teile der Fläche am Pfingsberg dem öffentlichen Zugang zu entziehen, indem sie dem Grundstück der Villa Henckel zugeschlagen wird.“

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Gespräche zu einem entsprechenden Kompromiss mit Herrn Döpfner nicht weiter zu führen. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Stadt die Pflege der im B-Plan vorgesehenen öffentlichen Grünflächen übernimmt und die öffentliche Zugänglichkeit kurzfristig wieder hergestellt wird. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind unmittelbar in geeigneter Weise in die Entwicklung einzubeziehen...

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte den Antrag eingebracht, nachdem Betroffene aus zwei Initiativen gesprochen hatten. Sprechen müsste man aber weiter miteinander, so die überwiegende Meinung,

die sich ziemlich schnell durchgesetzt hatte, woraufhin nach einer Pause die LINKE einen um die Punkte Abbruch der Gespräche und möglichen kostenlosen Erwerb der Fläche reduzierten Antrag vorlegte.

Und dann begann das Spektakel: Die Rathauskooperation wollte auch den ersten Satz, der sich gegen eine Änderung des B-Planes wendet, aus dem Antrag streichen. In einer emotional aufgeladenen Atmosphäre ging es schließlich um die Verteidigung des öffentlichen Rechts in der Landeshauptstadt, das so oft (s. Uferwege Griebnitzsee und Groß Glienicke) durch private Interessen beschnitten werden soll.

Nach mehreren Überweisungsversuchen, nach Zwischen- und Ordnungsrufen, nach Unterbrechungen, persönlichen Erklärungen und Zurückweisungen kam es schließlich zur namentlichen Abstimmung, bei der die Mehrheit der Rathauskooperation das Festhalten am B-Plan verweigerte. „Ein unwürdiges Spiel“, nannte Hans-Jürgen Scharfenberg diese Machtdemonstration der Kooperation ohne Verantwortung. Mit der Streichung werde kenntlich gemacht, dass der B-Plan bei künftigen weiteren Verhandlungen in Frage gestellt werden kann. „Sie demonstrieren damit, dass die Kooperation nicht für das Wohl dieser Stadt steht.“

(Nachzuerleben ist die Debatte übrigens im Mitschnitt ab Teil 3, 29. Minute unter www.potsdam.de/content/demand-11-sitzung-der-stadtverordnetenversammlung-am-3-juni-2015) rd

Willkommen in Potsdam

Akzeptanz durch Zusammenleben – Toleranz durch Verstehen /

Am 27. Mai 2015 kamen DIE LINKE Potsdam und Potsdam-West unter der Moderation von Christian Wienert aus dem Kreisvorstand mit verschiedenen Gästen darüber ins Gespräch, wie wir Flüchtlinge in Potsdam und in ganz Brandenburg nicht nur aufnehmen, sondern auch willkommen heißen können. 60 Gäste waren dazu in die Mensa der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule gekommen, die selbst eine sehr aktive Willkommenskultur pflegt.

Diana Golze, Brandenburger Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, stellte zunächst die schwierige Rolle Brandenburgs dar. In der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt herrschen durch die „katastrophale Überbelegung unhaltbare Zustände“ und es werden 2015 etwa 14.000 Flüchtlinge in Brandenburg erwartet. Es ist auch leider Realität, dass durch die EU-weite Dublin-III-Verordnung auch gut eingelebte Flüchtlinge plötzlich abgeschoben werden. „Wenn mit Dublin-III einheitliche Standards geschaffen worden wären, wäre das ja alles nicht so schlimm, aber das haben wir einfach nicht“, so Diana Golze.

Osman Hamdi, ein Flüchtling aus Somalia und Mitglied der Somalischen Community Potsdam, erzählte von den schwierigen Umständen seiner Familie mit der unsicheren Duldung und gleichzeitig der herzlichen Aufnahme seiner 5-köpfigen Familie im Wohnungsverbund Haeckelkiez. Er bezeichnete Potsdam als ein „kleines Paradies“ (übersetzt aus dem Englischen von Gesine Dannenberg, DIE LINKE.SDS Potsdam) – in Potsdam gelingt so einiges, was im restlichen Brandenburg noch schwierig ist. Maré Partel vom Projekt Neue Nachbarschaften des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West e.V. dazu: „Man muss nicht nur dafür sorgen, dass unsere neuen Nachbarn Deutsch lernen,

sondern dass sie hier ankommen, Freunde finden und Beziehungen aufbauen“, zum Beispiel in der offenen Fahrradwerkstatt oder bei Festen, Aktionen etc. Zudem verfolgen sie das Ziel, nicht nur zu geben, „da man daraus ja nicht lernt“, sondern zusammenzuarbeiten und den Menschen zeigen,



wie etwas geht – zum Beispiel gemeinsam ein Fahrrad zu basteln, mit dem sie dann in der Stadt mobil sein können. Ursula Löbel ergänzte, dass sich an die Neuen Nachbarschaften Potsdam-West anlehnend im gesamten Stadtgebiet weitere Initiativen gebildet haben und beginnen, sich zu vernetzen. Diana Golze berichtete zudem, dass das Land Brandenburg ein Ehrenamtsportal für Willkommensinitiativen eingerichtet hat (<http://ehrenamt-in-brandenburg.de/ehrenamt-und-fluechtlinge>).

Auch die Lehrerin der Willkommensklasse der gastgebenden Schule, Kerstin Richter, wusste Gutes zu berichten: Ihre „Willis“ sind froh bei uns zu sein, lernen fleißig und sind mittendrin im Schulleben durch eine gute Vernetzung mit den anderen Schülerinnen. Kleine Gesten schaffen an der Schule das Gefühl, dass jeder und jede hier will-

kommen ist, „sei es das Teilen der Schokolade auf dem Schulhof, 20 € von Kollegen für ein Osternest für die Willis oder die Übernahme von Patenschaften durch Firmen“. Doch um den Spagat zu bewältigen, an alphabetische Kinder bis hin zu potentiellen Abiturienten in einer Klasse mit in Spit-

zenzeiten bis zu 17 SchülerInnen zu unterrichten, die anfangs kein Wort Deutsch können, wünscht sie sich mehr Hilfe vom Land: mehr Lehrkräfte, Teamteaching, SozialarbeiterInnen und vor allem: die Möglichkeit, nach einem Jahr an derselben Schule in die Regelklasse zu wechseln, was momentan nur selten geht. Leider ist schon die vorgesehene Besetzung der Lehrkräftestellen vor allem in berlinferneren Regionen ein Problem, so Diana Golze. Auf eine Nachfrage aus dem Publikum, wie sie sich denn verständige mit den SchülerInnen der unterschiedlichsten Nationen, antwortete ein ehemaliger Willkommenschüler von Frau Richter – Mahdi: Sie versucht nur Deutsch zu sprechen und hilft sich mit Händen, Füßen und zeichnen – das funktioniert universell.

Tina Lange, stv. Kreisvorsitzende

Mehr Personal für Gesundheit und Pflege!

An der bundesweiten verdi-Aktion „Der Druck muss raus“, beteiligte sich auch das städtische Klinikum „Ernst von Bergmann“. Gemeinsam mit zahlreichen Beschäftigten des Klinikums hat DIE LINKE. Potsdam diese

Aktion vor Ort unterstützt. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Stadtversammlungsversammlung Potsdam, Jana Schulze: Mehr Personal für Gesundheit und Pflege

– auch in Potsdam! Es muss JETZT dringend gehandelt werden. Daher unterstützt DIE LINKE. Potsdam die Forderungen der Beschäftigten des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und ver.di auch weiterhin: Auf Normalstationen soll eine Pflegekraft nicht mehr als fünf PatientInnen versorgen, auf Intensivstationen maximal zwei. Und keine Nachtschicht darf mehr alleine verrichtet werden. Auf Bundesebene muss endlich die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformiert werden, das DRG-System gehört abgeschafft. Nur dann kann endlich wieder so viel Personal eingestellt werden, wie mindestens nötig ist, um eine normale Versorgung der PatientInnen zu gewährleisten. Deswegen fordern wir eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung! JETZT!!!

Jana Schulze



Engagierte Debatten bei Regionalkonferenz in Kleinmachnow

Jeden Monat schwärmen die Brandenburger LINKEN zu einem Regionaltag aus, an dem sie zwei Landkreise oder größere Städte besuchen, um sich am Ort ein Bild von der Lage zu machen. Zuletzt waren Potsdam und Potsdam-Mittelmark an der Reihe, und auch der sechste Regionaltag des Jahres wurde ein voller Erfolg: LINKE PolitikerInnen besuchten Flüchtlingsheime, ließen sich in Kindertagesstätten die aktuelle Stimmung erläutern und trafen sich mit Bürgermeister, Vereinsvertretern und politischen Initiativen.

Den Abschluss des Tages bildete eine Regionalkonferenz im Rathaus Kleinmachnow, zu der sich trotz des Sommerwetters über 100 Gäste einfanden.

Der Schwerpunkt lag auf der geplanten Verwaltungsreform, deren Ziele aus LINKER Perspektive der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Stefan Ludwig, formulierte: Die Verwaltung müsse reformiert werden, weil die heutigen Strukturen in schwach besiedelten Gebieten auf Dauer nicht finanzierbar seien. „Mit uns wird es aber keine Reform auf Basis rein ökonomischer Kriterien geben“, sagte Ludwig. „Es geht nicht darum, Einsparungen um jeden Preis durchzusetzen, sondern eine funktionale, zukunftsfeste Verwaltung für die Bürger zu schaffen.“

In weiteren Gesprächsrunden diskutierten die Gäste mit VertreterInnen der LINKEN über Themen wie die Unterbringung von Flüchtlingen, die Zukunft der Schulen oder die mangelhafte S-Bahnanbindung in einigen Speckgürtel-Gemeinden. Der Landesvorsitzende der LINKEN, Christian Görke, zog am Ende ein positives Fazit des Tages: „Heute sind viele Anregungen auf den Tisch gekommen, die wir mitnehmen werden“, sagte er und bedankte sich bei den TeilnehmerInnen.

Der nächste Regionaltag findet nach der Sommerpause am 17. September statt. Ziel werden Frankfurt (Oder) und der Landkreis Oder-Spree sein. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

993

3. Juli: Preußens Vorgeschichte beginnt vor 1.020 Jahren, als ein minderjähriger römisch-deutscher König zwei Dörfer verschenkt, die er gar nicht besitzt. Am 3. Juli 993 überschreibt der erst 13-jährige Otto III. seiner „lieben Tante Mathilde“, Äbtissin des Klosters zu Quedlinburg, die slawischen Orte Poztupimi und Geliti. Das Schenkungsdokument enthält damit die erste urkundliche Erwähnung der späteren preußischen Residenzstadt Potsdam und ihres Vororts Geltow.

1944

Am 20. Juli 1944 brachte Claus Schenk Graf von Stauffenberg eine Bombe ins Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg in Ostpreußen. Doch Adolf Hitler überlebte die Sprengstoffexplosion fast unverehrt. Stauffenberg und drei Mitverschwörer wurden noch in der folgenden Nacht erschossen. 200 weitere Mitverschwörer wurden anschließend zum Tode verurteilt und hingerichtet.

1945

16. Juli: Erste erfolgreiche Zündung einer Atombombe in Los Alamos. Die Bombe verwendete Plutonium als nukleares Brennstoffmaterial und besaß eine Sprengkraft von 21 Kilotonnen TNT.

17. Juli Potsdamer Konferenz beginnt im Schloss Cecilienhof.

1955

30. Juli: Deutscher Fußball-Bund (DFB) verbietet bundesweit den Frauen-Fußball. Erst 1970 kippte das Verbot. Damals entschied eine DFB-Tagung, der sogenannte DFB-Bundestag, Frauen das Spiel zu erlauben. Allerdings galten vorerst andere Regeln als bei den Männern: Die Spiele dauerten beispielsweise nur 2 Mal 35 Minuten.

1975

17. Juli: Ein Apollo- und ein Sojus-Raumerschiff koppelten in der Erdumlaufbahn aneinander an, so dass die Raumfahrer von einem Raumschiff ins andere umsteigen konnten. Das Apollo-Sojus-Test-Projekt (ASTP) war die erste US-amerikanisch-sowjetische Kooperation in der Weltraumfahrt. Die Mission stellte eine Zäsur in die bis dahin streng getrennten und im Wettbewerb stehenden Weltraumprogramme der Supermächte dar.

1985

13. Juli: Stabhochspringer Sergej Bubka überspringt als erster Leichtathlet die Sechs-Meter-Marke.

13. Juli: Benefiz-Konzert „Live Aid“ zugunsten der Hungerhilfe in Afrika wird weltweit übertragen.

1990

1. Juli: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR tritt in Kraft.

22. Juli: Volkskammer beschließt Bildung von Bundesländern, Landtagswahlen und Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

70 Jahre Potsdamer Konferenz:

Völkerrechtlich verbindliches Abkommen oder bloßes Kommuniqué?

Am 3. Juli 1945 schrieb der US-Präsident Harry Truman in einem Brief an seine Mutter: „Ich bereite mich gerade darauf vor Stalin und Churchill zu treffen und das ist eine lästige Pflicht. Ich muss meinen Smoking, meinen Frack ... schwarzen Mantel, Zylinder, weichen Hut, steifen Hut und allerlei andere Dinge mitnehmen. Ich habe eine Aktentasche voll mit Informationen früherer Konferenzen und Vorschlägen, was ich zu tun und zu sagen habe. Ich wünschte, ich müsste nicht gehen, aber ich muss. Es gibt kein Zurück.“¹

Die Konferenz, zu der Truman kurz darauf aufbrechen sollte, fand vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof in Potsdam statt. Offiziell hieß sie „Berliner Konferenz“, doch war das Stadtgebiet von Berlin so schwer zerstört, dass sich kein geeigneter Tagungsort finden ließ. Zudem war im beschaulichen Potsdam eher die Sicherheit der Konferenzteilnehmer zu gewährleisten. Schließlich war die Angst vor „Nazi-Fanatikern und Mächtigen Attentätern“² bei allen Teilnehmern groß.

Die Themen oder gar eine Agenda für die Konferenz wurden im Vorfeld geheim gehalten. Doch wer sich die politischen und ökonomischen Zustände Deutschlands und Europas in diesen Tagen genau ansah, konnte die Tagesordnungspunkte erraten. Die Bedeutung der Konferenz für die Zeitgenossen fasste eine Londoner Tageszeitung treffend zusammen: „Drei Männer werden das Schicksal von Hunderten Millionen gestalten.“³

Am 2. August 1945 nach zwei Wochen intensiver Verhandlungen endete das Treffen mit der „Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte“, welche allgemein als „Potsdamer Abkommen“ bekannt ist. Über die Bedeutung der gefassten Beschlüsse wurde im Nachhinein viel diskutiert. Faktisch wurden Inhalte und Bindungskraft des „Potsdamer Abkommens“

je nach ideologischem Lager im Kalten Krieg unterschiedlich interpretiert. Für die östliche Interpretation steht die Erinnerung Gerhard Beils: „Im August 1945 unterzeichneten die Großen Drei [...] einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.“⁴

Vierzig Jahre nach der Konferenz bemerkte diesbezüglich Rudolf Augstein: „Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, dass hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren

Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt. Truman für die völlig überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon für Hiroshima, und Churchill zumindest als Oberbomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war. Alle drei hatten sogenannte ‚Bevölkerungsumsiedlungen‘ verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wussten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen.“⁶

Ogleich die Verhandlungspartner auf der Abschlussitzung versprochen hatten, sich bald wieder im selben Kreis zu treffen,

um einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuhandeln, kam es nicht dazu. Somit blieb die Potsdamer Konferenz nach denen von Teheran und Jalta die letzte Zusammenkunft der Siegermächte, und die Beschlüsse in ihrer interpretierbaren Bedeutung und Verbindlichkeit bildeten für die folgenden Jahrzehnte die politische Richtschnur.

Christian Wienert



Potsdamer Konferenz, am Konferenztisch sitzen u.a. Clement Attlee, Ernest Bevin, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Josef Stalin, William Daniel Leahy, James F. Byrnes und Harry S. Truman.

Einladung zum „Imbiss der Siegermächte“

Aus Anlass des 70. Jahrestags der Konferenz und ihrer Beschlüsse lädt DIE LINKE Potsdam zu einem historischen Spaziergang zum damaligen Tagungsort, dem Schloss Cecilienhof ein. Mit Lesungen aus Originaldokumenten sollen die damaligen Ereignisse und die Ziele und Gedanken der „Großen Drei“ nachvollzogen werden. Anschließend lädt DIE LINKE zu einem „Imbiss der Siegermächte“ in die Landesgeschäftsstelle ein. Beginn ist am 18. Juli um 15 Uhr in der Alleestraße 3, 14469 Potsdam. Eine vorherige Anmeldung zur besseren Planung ist nötig. Bitte unter: info@dielinke-potsdam.de

Christian Wienert, Mitglied im Kreisvorstand, wird diese Veranstaltung moderieren und führen.

Die andere Interpretation hingegen ging und geht davon aus, dass die Konferenz von Potsdam mit einem „gemeinsamen ‚Kommuniqué‘ und bezeichnenderweise nicht mit einem völkerrechtlich verbindlichen ‚Abkommen‘ endete“⁵.

Schon aus damaliger Perspektive ließ der Titel „Mitteilung“ erahnen, dass sich auch die Verhandlungspartner uneinig über den formalen Charakter ihrer Beschlüsse waren und somit Möglichkeiten für deren späteren Bruch offenließen.

Dabei waren die Beschlüsse ambitioniert und weitreichend. In Bezug auf Deutschland wurden u.a. dessen vollständige Entnazifizierung und Demokratisierung beschlossen. Die Grenzen Osteuropas wurden neu gezogen und Millionen Menschen umgesiedelt. Die zu leistenden Reparationen wurden festgelegt und die gemeinsame Verwaltung Deutschlands als ökonomische Einheit vereinbart. Schließlich beschlossen die Siegermächte, die Kriegsverbrecher vor ein internationales Gericht zu stellen.

1. Truman, Harry S.: zit. nach LIFE Magazine Vol. 39, No. 15. 10. Oktober 1951, S. 191
2. The Argus. No. 30, 852. 17. Juli 1945, S. 1
3. The Spectator. 20. Juli 1945, S. 3
4. Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010, S. 15
5. Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Bonn 2007, S. 44
6. Augstein, Rudolf: Auf die schiefe Ebene zur Republik. Der Spiegel 2/85, S. 30

Nachhaltige Nutzung statt Abriss!

Zu den andauernden Versuchen, das ehemalige Restaurant „Minsk“ auf dem Potsdamer Brauhausberg zum Abriss frei zu geben, erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack:

„Ich hege starke Zweifel daran, dass in der wachsenden Landeshauptstadt Potsdam die Kita am Standort Brauhausberg, in Nachnutzung der Immobilie „Minsk“, nicht gebraucht würde. Das Vorhaben des LSB, eine weitere Kita in Potsdam zu betreiben und dafür das vorhandene Gebäude nach zu nutzen und intelligent baulich zu ergänzen, ist unbedingt zu unterstützen. Zum einen, weil es ein gutes Beispiel für nachhaltige Stadtentwicklung ist und zum anderen, weil das Kita-Konzept des LSB beispielhaft ist, wovon ich mich selber überzeugen konnte. Eine Nutzung des für die Architekturperiode der DDR



typischen Gebäudes auf dem Brauhausberg als Kita wäre eine gelungene Verbindung zwischen Altem und Neuem und ein vorbildlicher Beitrag zur Baukultur. Die Abrisspläne scheinen mir einseitig von Verwer-

tungsinteressen getragen zu sein, statt einer klugen und zukunftsorientierten Entscheidung zur Nachnutzung des Gebäudes.

Die jetzt getroffene Entscheidung sollte unbedingt revidiert werden.“

Familienfreundlichkeit nach Haushaltslage?

SVV weist Entwurf der neuen Kita-Elternbeitragsatzung zurück

Nach langen Diskussionen hat das Jugendamt im Juni den Entwurf einer neuen Elternbeitragsatzung für die Potsdamer Kitas vorgelegt. Seit mehr als zwölf Jahren sind die Beiträge stabil. Viele der bestehenden Regelungen sind indes schon länger in der Diskussion.

Kernpunkte des Verwaltungsvorschlages waren die Anhebung der Beitragsfreigrenze auf 17.500,- Euro Jahreseinkommen sowie die Anhebung der bisherigen Beitragshöchstgrenze von 77.000,- auf 149.000,- Euro Jahreseinkommen. Damit wurden ca. 924.000,- Euro jährliche Mehreinnahmen aus Elternbeiträgen erwartet, die allerdings deutlich stärker gestiegenen Kosten gegenüberstehen. Die Beiträge bis zur bisherigen Obergrenze von 77.000,- Euro sollten dabei unverändert bleiben.

Mit der Anhebung der Obergrenze ist auch eine ganz wesentliche Forderung der LINKEN

im Entwurf berücksichtigt. Gerade für Geringverdiener und kinderreiche Familien ist die Anhebung der Beitragsfreigrenze auf 17.500,- Euro kaum eine wirksame Entlastung – zumal es sich um Brutto-Beträge handelt. DIE LINKE hatte deshalb eine Anhebung der Freigrenze auf 30.000,- Euro sowie eine generelle Freistellung von Bedarfsgemeinschaften und Kinderzuschlagsempfängern gefordert. Ein nicht verheiratetes Paar mit zwei oder mehr Kindern kann nämlich leicht über ein Jahresbrutto von 40.000,- Euro und mehr verfügen, nach Abzug aller Abgaben aber effektiv nicht bessergestellt sein als eine Bedarfsgemeinschaft. Einen Eingriff in dieses Einkommensniveau ist aus Sicht der AWO, die sich als größter Potsdamer Kitaträger intensiv an der Debatte beteiligte, schlicht rechtswidrig. Von 360 Mahnverfahren, die aufgrund der Kitafinanzierungsrichtlinie aktuell betrieben werden müssen, sind 357

nicht einbringbar – wegen Unterschreitung der Pfändungsgrenze.

In der Ausschussdebatte setzte sich zunächst ein SPD-Vorschlag durch, die Freigrenze zumindest auf 22.500,- Euro anzuheben. Die Begründung dafür mutet spitzfindig an: so weit könne man die Beitragsfreiheit anheben, ohne die im Haushalt bereits fest geplante Mehreinnahme zu unterschreiten – Familienfreundlichkeit nach Kassenlage also.

Diese kontroversen Positionen trafen in der SVV erneut aufeinander. Zwischen allen Stühlen stand die CDU, die eine geringere Belastung der neu eingeführten oberen Einkommensgruppen durchsetzen will. Sie setzte sich aber schließlich mit einem Antrag durch, den Satzungsentwurf in Haupt- und Jugendhilfeausschuss zurück zu überweisen. Die Diskussion steht also noch einmal am Anfang.

Stefan Wollenberg

Glossiert:

Von der Lust, einen Garten zu wandeln

Es war einmal eine Stadt, in deren Mitte hatte man ein altes Schloss wieder errichtet. Vor dessen Toren lag ein Garten, in dem die Bürger der Stadt feierten, spielten und sich erholen konnten. Deshalb wurde er auch Lustgarten genannt. In jenem Garten befand sich auch ein hohes Haus für die Gäste der Stadt – ein Hotel. Nur wenige Bürger störten sich daran – auch sie aßen und tranken dort, an heißen Tagen spendete der Bau dem Garten ein wenig Schatten. Nun begab es sich aber, dass ein grüner Ritter in den Stadtrat gelangte. Dem war der hohe Bau im wahrsten Sinne des Wortes ein Dorn im

Auge. Die Bürger hielten es dagegen eher mit den roten Rittern, die das Gebäude verteidigten. Da das Gold des grünen Ritters nicht ausreichte, um das Haus zu kaufen, versuchte er es mit einer List. Die Bürger rief er herbei, um mit ihnen zu beratschlagen, wie der geliebte Garten noch schöner werden solle. Zu ihrer Unterstützung bestellte er weise Berater aus aller Welt. Denen jedoch gab er heimlich eine Aufgabe: der Garten müsse so gestaltet werden, dass man von dem niedrigen Schlosse aus das Wasserbecken hinter dem Hotel sehen müsse. Da auch die Weisen aus aller Welt nicht wissen

konnten, wie man ein Hotel unsichtbar macht, kam, was kommen musste: sie alle strichen das Hotel aus ihren Plänen für den neuen Garten. Diese Pläne nun präsentierte der grüne Ritter stolz den Bürgern der Stadt. Für deren Unmut und Verwunderung hatte er überhaupt kein Verständnis. Schließlich seien die Pläne doch Ergebnis einer intensiven Bürgerbeteiligung. Ob sich die Bürger ebenso intensiv daran beteiligten, den grünen Ritter aus dem Stadtrat zu jagen, ist hierzulande nie bekannt geworden – die Stadt ist auch wahrlich weit weg.

Stefan Wollenberg

Das soziale Zentrum der Volkssolidarität – Suppenküche zurück auf den Verwaltungscampus

Seit 2004 kämpft Die LINKE immer wieder um den Erhalt des sozialen Zentrums, um Stabilität und Sicherheit für die Arbeit dieser wichtigen sozialen Einrichtung zu erreichen.

Das begann 2004 mit der Aufgabe des damaligen Standortes in der Lindenstraße, der Suche nach einem Alternativstandort in der Mitte der Stadt, der Verlängerung des Mietvertrages für die dann gefundenen Räumlichkeiten auf dem Gelände des Verwaltungscampus im Jahr 2011 und setzt sich bis heute fort.



Der Kommunale Immobilienservice hatte 2011 die Verlängerung des Mietvertrages bis 2017 zugesagt. Als dann im Herbst 2013 der Standort überraschend wegen hoher Schadstoffbelastung geräumt werden und die Einrichtung in die Benkertstraße umziehen musste, haben wir uns sofort dafür ausgesprochen, dass die Suppenküche nach Errichtung eines Neubaus wieder auf den Verwaltungscampus zurückkehren kann. Nach dem auf diesem Weg mehrere Hürden zu nehmen waren, verkündete die Verwaltung dessen Fertigstellung für Mitte 2014.

Dieser Termin wurde dann immer wieder nach hinten verschoben, was uns allerdings immer erst auf ausdrückliche Nachfrage mitgeteilt wurde.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juli 2015 informierte der Finanzbeigeordnete, wieder auf Nachfrage von Dr. Scharfenberg, dass mit dem Umzug aus der Benkertstraße nunmehr Anfang September gerechnet wird. Bis dahin gilt weiter: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!

Dr. Sigrid Müller

Fiesta de Solidaridad

Am 25. Juli 2015 verwandelt sich die Parkaue in Berlin-Lichtenberg wieder in ein kleines Kuba – die AG Cuba Sí feiert ihre nun schon traditionelle Fiesta de Solidaridad. Kubafreunde aus nah und fern sowie Gruppen der Kuba- und Lateinamerika-Solidarität erinnern an diesem Tag an den Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba am 26. Juli 1953. Dieser Tag gilt in Kuba als der Beginn der Revolution und ist heute Nationalfeiertag.

Die Gäste dieses großen Cuba Sí-Festes können sich an rund 35 Ständen mit aktuellen Informationen über Kuba und Lateinamerika eindecken und bei einem leckeren Mojito Talkrunden und Musik genießen. Und die kleinen Kuba-

Cuba Sí

Fans freuen sich wie jedes Jahr schon auf ein buntes Kinderfest.

Auf der Bühne werden die kolumbianische Rapperin Lucia Vargas Polit-Hip-Hop und das Trio Saoco traditionelle kubanische Klänge präsentieren. Neugierig darf man auf Friedemann sein, den Sänger der Rügener Metalband COR, der mit einem Soloprogramm als Singer-Songwriter auftreten wird. Die Chupacabras aus Köln (Latin, Cumbia, Ska) und eine Cuban All Stars Band werden am Abend die Parkaue in eine riesige Tanzfläche verwandeln.

Einen großen Ansturm wird es auch in diesem Jahr auf die Losverkäufer der Solidaritätstombola geben, denn hier gibt es als Hauptpreis wieder einen Flug nach Kuba zu gewinnen.

Cuba Sí hat für seine Fiesta de Solidaridad hochkarätige Gäste aus Kuba eingeladen: den bekannten Journalisten und Blogger Iroel Sánchez und den Liedermacher Eduardo Sosa. Sie werden Auskunft geben über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit den USA sowie über die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklungen in Kuba. Natürlich können sich die Fiesta-Gäste auch über die nachhaltigen Landwirtschaftsprojekte der AG Cuba Sí informieren sowie über den Stand der aktuellen Sonderspendenaktion zum Kauf einer Mähmaschine und eines Häckslers für das Cuba Sí-Agrarprojekt in der Provinz Mayabeque.

Der Eintritt ist frei!
Fiesta de Solidaridad: 25. Juli 2015
14:00 - 22:00
Berlin, Parkaue, Berlin-Lichtenberg, Nähe S-/U-Bhf. Frankfurter Allee
Veranstalter: AG Cuba Sí (DIE LINKE)

Kinderfest mit Regen-Handycap

Es sollte ein rundum fröhlicher Nachmittag für die Kinder werden, mit Sport, Spiel und Spaß. Doch fast wäre das Babelsberger Kinderfest in diesem Jahr ins Wasser gefallen. Zur besten Kaffeezeit gegen 15 Uhr hatte sich der Weberplatz gerade ordentlich gefüllt, als sich der Himmel verdunkelte, der Wind über den Platz jagte und sich ein Regenguss wie aus Eimern über den Platz ergoss. Dem Ortsvorsitzenden der Babelsberger LINKRN, Michel Berlin, war da nicht mehr zum Lachen zu Mute. „Es schien so, als wäre all die Mühe der vielen Helferinnen und Helfer umsonst gewesen. Wassermassen stürzten aus dem Himmel, die Stimmung war hinüber.“

Doch wer ausharrte wurde belohnt. Nach einer Viertelstunde hatte der Wettergott ein Einsehen und die Sonne zeigte sich wieder von der schönen Seite. Neben einem Märchenzelt, einer Hüpfburg, Kinderschminken und Ponys bot das Fest erstmals auch einen Solidaritätsbasar, auf dem gebrauchtes Spielzeug zu Gunsten eines Migrantenkinderprojektes in Madrid gekauft werden konnte.

Das Fest, das in diesem Jahr schon zum fünften Mal stattfand, wurde übrigens komplett ehrenamtlich organisiert. Dafür unser herzlicher Dank allen Helferinnen und Helfern!

Maria Strauß



Thalia-Kino mit politischer Filmreihe



Ist das noch Demokratie oder kann das jetzt weg?

Diese Frage stellt eine aktuelle Filmreihe im Thalia-Kino in der Rudolf-Breitscheid-Straße 50. Die Filme drehen sich um aktuelle Themen wie die Eurokrise, das Freihandelsabkommen TTIP, die Bankenrettung, Steuerschlupflöcher für Konzerne und die mögliche Enteignung der Kleinsparer durch Zinsen unterhalb der Inflationsrate.

Das Kino lädt Politik Interessierte zum „Auf- und Anregen“ ein. Im aktuellen Ankündigungsflyer heißt es „Was sich die Politik gerade im Euroraum erlaubt, ist in den Augen vieler die endgültige Durchsetzung der Diktatur des Kapitals. Und unsere „Volksparteien“ immer schön voran.

Wir gehen dem auf den Grund.“

Die Babelsberger LINKE hat dem nichts hinzuzufügen und macht an dieser Stelle daher gern ein bisschen Werbung für die kommenden Veranstaltungen:

• 03. & 05. Juli um 17 Uhr
Stuttgart 21 – Denk mal!

Lisa Sperling und Florian Kläger haben die Bewegung gegen das Großprojekt mit der Kamera festgehalten, ihr Dokumentarfilm „Stuttgart 21 – Denk mal!“ ist die Chronik einer unvergleichlichen Bürger-Initiative.

• 10. & 12. Juli um 17 Uhr:
Gekaufte Wahrheit – Gentechnik im Magnetfeld des Geldes

Ein Film über die enge Verflechtung von Forschung im Bereich Gentechnik mit der Industrie

• 17. Juli um 18.30 Uhr und 19. Juli um 17 Uhr
HARTs 5 – Geld ist nicht alles

Ein Film zwischen Hartz IV-Pragmatismus und Träumen. Als im Prenzlauer Berg ihr ehemaliger Kindergarten einem Luxustownhouse weichen soll, erwacht bei den drei Freunden der Kampfgeist noch einmal.



• 24. & 26. Juli um 17 Uhr
Citizenfour

Oscarprämierter Dokumentarfilm von Laura Poitras über den US-amerikanischen Whistleblower

Seesportclub Babelsberg bedroht

Nach 20 Jahren, im Jahr 2017, endet der Nutzungsvertrag des Seesportclubs neben dem Strandbad Babelsberg und der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten“. Diese will die alten, historischen Wege im Park Babelsberg wieder herstellen und forciert dazu einen Grundstückstausch mit dem Strandbad Babelsberg. Das Strandbad soll auf die Fläche angesiedelt werden, auf der sich der Seesportclub befindet. Die Bäderlandschaft würde dort neue Gebäude errichten. Die Kosten für den Abriss alter Gebäude und den Neubau der Bäderlandschaft lägen bei 1,5 Millionen Euro.

Außer den Kosten stellt sich allerdings ein ganz anderes Problem dar. Für den Seesportclub hat die Landeshauptstadt keine adäquaten Ersatzflächen. Benötigt werden ungefähr 3000 qm Freifläche, ein Wasserliegeplatz für mind. 30 Boote und natürlich Sanitär- und Vereinsräume, Unterstellhallen und Büros.

Die Umsetzung des Grundstückstausches ist erst einmal auf Grund der Problemlage vertagt. Die Stiftung, die Stadt und die betroffenen Vereine werden nach einer geeigneten Lösung suchen. Wir werden die Entwicklung auf jeden Fall im Auge behalten.

Michél Berlin
OV-Vorsitzender
Babelsberg-Zentrum Ost.



Anita Tack: Ein Kompromiss muss gefunden werden!

Die Landesregierung hat erklärt, den Vertrag mit dem Potsdamer Seesportclub zur Nutzung des Geländes im Babelsberger Park nicht verlängern zu wollen. Der Vertrag läuft 2017 aus. Begründet wird das mit der „Wiederherstellung der Parkanlage“ durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin Brandenburg (SPSG). Diese Entscheidung würde für den Seesportclub nach 60 Jahren bedeuten, den Standort im Babelsberger Park zu verlieren und finanzielle Belastungen tragen zu müssen.

Ich rege an, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass ein Kompromiss gefunden wird. Dazu müssen das zuständige Ministerium, die Schlösserstiftung und der Oberbürgermeister in Gesprächen kompromissfähige Lösungen und deren Finanzierung ermitteln. In der öffentlichen Debatte ist unter anderem der Vorschlag, den Seesportclub auch in Zukunft am jetzigen Standort zu belassen und die Liegeplätze für Yachten vom Standort Park Babelsberg an andere Potsdamer Liegeplätze zu verlagern. Das würde die Sichtbedingungen für den Uferbereich im Park Babelsberg wesentlich verbessern.

Leserpost:

Mediationsverfahren beschleunigen

Auf Grund der Bürgerversammlung am 04.05. in der Uni Potsdam, möchte ich als Vertrauensperson des Bürgerbegehrens „Freies Ufer Griebnitzsee“ der Linken 2010 zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Potsdam bitte

- das laufende Mediationsverfahren zügig unterstützt, damit ggf. Teilabschnitte des Uferweges schon zeitnah wieder zur Verfügung gestellt werden können,
- den Zeitablauf des Mediationsverfahrens durch entsprechende personelle Ressourcen unterstützt,
- sich für einen realistischen Endzeitpunkt des Mediationsverfahrens beim Mediator einsetzt und
- bei Grundstückverkäufen die Vorkaufsrechte wahrnimmt bzw. anderweitig die Nutzungsrechte für die Öffentlichkeit sichert.



Begründung:

Die lange Zeitspanne der Nichtnutzbarkeit des Uferweges birgt die Gefahr in sich, dass Grundstückseigentümer, die bisher nicht gesperrt hatten, in ihrer Entscheidung umschwenken. Weiterhin ist aber auch mit einer Resignation der Bürger, einhergehend mit einer Abnahme der Bürgerbeteiligung bei der Auslegung des Bebauungsplanes zu rechnen.

Zum Inhalt des Bebauungsplanes:

Bitte prüfen Sie nochmals die Bereitschaft einer öffentlichen Steganlage für Boote von Bürgern, die nicht Besitzer von Seegrundstücken sind. Ggf. könnten dafür Flächen der ca. 50 vom Bund erworbenen Grundstücke zwischen Weg und Ufer genutzt werden, die bisher für den Verkauf an die Eigentümer der oberen Grundstücke vorgesehen waren. Das würde dem allgemeinen Interesse der Bürger entsprechen.

Dr. Stephan Worsack
Stahnsdorfer Str. 105
14482 Potsdam

„Fanprojekt des Jahres“ an Babelsberg 03

Der SV Babelsberg 03 erhielt die freudige Nachricht, dass der Verein vom Fußball-Fachmagazin „11FREUNDE“ mit dem Preis „Fanprojekt des Jahres“ ausgezeichnet wird. Mit dem Preis ehrt die Redaktion des Hefes die Faninitiative, die zur Gründung der Mannschaft führte und natürlich auch den Verein selbst.

Stellvertretend für den Gesamtverein bedanken wir uns für diese Ehrung, die uns eine wichtige und bedeutsame Stütze bei

unsere Arbeit mit Flüchtlingen aus aller Welt ist. Wir alle, Fans, Initiatoren, Gremienmitglieder und Unterstützer sind uns der Verantwortung, die wir mit diesem Projekt übernommen haben bewusst und werden daher auch in Zukunft für einen Fußball ohne Diskriminierung und Rassismus eintreten.

In der aktuellen Ausgabe der „11FREUNDE“ wird die Laudatio vom Generalsekretär des DFB, Herrn Helmut Sandrock, abgedruckt sein.

Die Überschrift lautet: „Fans gründen ein Flüchtlingsteam, und ihr Verein unterstützt sie dabei. DFB Generalsekretär Helmut Sandrock ist beeindruckt.“

Das Projekt „Welcome United 03“ erhält somit Anerkennung in höchsten Kreisen des wichtigsten deutschen Fußballverbandes. Die Preisverleihung findet am 11. Juli 2015 in Düsseldorf statt.

Gedenken an die Atombombenabwürfe



Bei der Gedenkzeremonie des japanischen Kulturmanagers Tetsuo Terasaki in Kooperation mit dem Hiroshima-Platz-Potsdam e.V. und dem Grünflächenamt Potsdam wurde ein japanischer Kirschbaum gepflanzt.

Der Gedenkort auf dem Hiroshima-Nagasaki-Platz in Babelsberg wurde am 25. Juli 2010 hier eingerichtet, weil auf der nordöstlichen Straßenseite die sogenannte Truman-Villa steht. Hier residierte während der Potsdamer Konferenz der damalige Präsident der USA, Harry S. Truman, und soll von dort aus am 25. Juli 1945 den Befehl zum Abwurf der Atombomben gegeben haben.

Gute Stimmung, Infos und Humor beim Seniorentreff



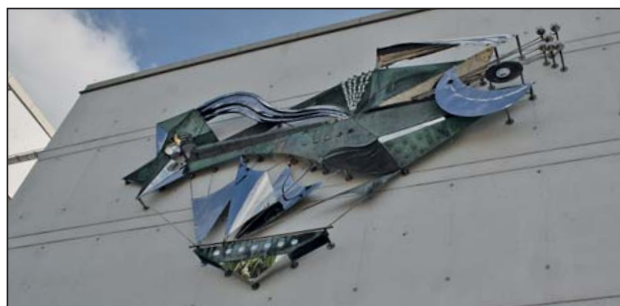
Gute Laune, fröhliches Wiedersehen, aber auch aktuelle Information waren angesagt beim Seniorentreff in der Allee-straße. Die Ministerin der LINKEN, Diana Golze sprach über Landespolitik, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg informierte über Aktuelles aus der Stadtpolitik, das nicht nur für die Senioren interessant war. Bei Grillwurst und Getränken und der Lesung von Günter Herlt ging es aber auch entspannt und heiter zu.



Wer weiß noch, wo das „Flugschiff“ war?

Endlich wurde die Plastik von Peter Rohn wieder angebracht. Lange genug hat es gedauert. Der neue Standort ist gut gewählt. Es wird den „Kunstraum“ Schiffbauergasse sichtbar bereichern.

Besser wäre gewesen, das Haus des Reisens mit Flugschiff im Interesse der Sichtbarkeit und Akzeptanz von Baukultur des DDR-Baugeschehens am Standort zu belassen, denn das Hochhaus „Haus der Reisens“, Bibliotheksensemble und der Lückenbau gegen-



über Ecke Dor- tu-/Friedrich-Ebert-Straße waren als Ensemble gemeinsam geplant und errichtet worden. Aber dafür gab es von der Potsdamer Rathausmehrheit kei-

nen Mut. Stattdessen gibt es seit 2009 eine Brache. Die abgerissenen preiswerten 94 Wohnungen wurden bis heute nicht innenstadtnah ersetzt.

Ich kritisiere ausdrücklich das Vorgehen der Stadtverwaltung und der Pro Potsdam in dieser Angelegenheit. Ohne vernünftige Perspektive wurde Wohnraum beseitigt und ein städtebaulicher Missstand über viele Jahre billigend in Kauf genommen. Es bleibt zu hoffen, dass aus solchen gravierenden Fehlern endlich Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Wiederanbringung des „Flugschiffs“ bietet eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken.

Anita Tack

Sommerfest am 5. September



Schnappschuss vom Sommerfest 2014

Bereits zum 26. Mal feiert der Potsdamer Kreisverband sein Sommerfest. Zeit, sich neben Polittalks auch mit Freunden zu treffen, Musik zu hören, die Stände von Vereinen und Verbänden zu besuchen.

5. SEPTEMBER 2015
26. Sommerfest der Potsdamer LINKEN
Ort: Neuer Lustgarten Potsdam

6	8			1	3
	4	3	9	1	6
9			5		8
2					7
6			2		4
		3	2	7	8
8	2			9	5

SUDOKU

Auflösung Juni

7	4	3	9	2	5	1	8	6
1	5	6	4	7	8	3	9	2
8	2	9	6	3	1	7	4	5
5	3	4	2	8	6	9	7	1
2	6	7	1	4	9	8	5	3
9	1	8	7	5	3	2	6	4
4	9	1	8	6	2	5	3	7
3	7	2	5	9	4	6	1	8
6	8	5	3	1	7	4	2	9

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 10. Juli 2015, 18.00 Uhr
im Potsdamer Haus der Partei
DIE LINKE, Alleestraße 3
„Poesie & Fotografie“
Unter dem Motto: „Poesie & Fotografie“ wollen der Potsdamer Lyriker Gerd Eggers und sein Fotograf Lephilosoph in einer Ausstellung auf Fotoschautafeln ihre lyrische Sicht und bildhaften Entdeckungen in und um Potsdam/Brandenburg auf sinnlich beeindruckende Art dem Leser und Betrachter nahe bringen.

Dienstag, 14. Juli 2015, 14.30 – 16 Uhr
Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Zentrum Ost, Edisonallee 11
„Faszination Erde (4) - die Welt der Wüsten“. Unser Planet, die Erde, reicht von den tiefsten Höhlensystemen der Welt bis zu den Himalaya-Gipfeln, von den Eiswüsten bis zum tropischen Dschungel, vom Kalahari-Ödland bis zu den farbenprächtigen Korallenriffen unserer Ozeane.
Teilnehmergebühr: 2,00 € (inkl. 1 Kaffee oder Tee)

Dienstag, 21. Juli 2015, 14 – 16 Uhr
Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Zentrum Ost, Edisonallee 11
„Ene, mene, muh - und raus bist du -

ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“
Die „Alfred und Toni Dahlweid Stiftung“ lädt Sie ein zu einem fröhlichen Nachmittag mit Rätseln und Musik, mit Kartenspielen, wie Rommé, Canasta oder Doppelkopf, mit Brettspielen, wie Mensch, ärgere dich nicht!, Dame oder Mühle, mit Denkspielen, wie Sudoku, mit lustigen Geschichten und Frau Anita Gruber als Spielmeisterin.
Teilnehmergebühr: 2,00 € (inkl. 1 Kaffee oder Tee)

Dienstag, 28. Juli 2015, 14 – 17 Uhr
Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Zentrum Ost, Edisonallee 11

„Sommer - Sonne – Lebensfreude – und alte Melodien ...“
Die „Alfred und Toni Dahlweid Stiftung“ lädt Sie ein zum Sommerfest mit viel Musik und mit kleinen Überraschungen.
Der Potsdamer Musiker Hans Zeun zaubert auf seinem Akkordeon die schönsten Melodien aus Vergangenheit und Gegenwart. Sie können bekannte Melodien hören, mitsingen, dazu schunkeln, und wenn Sie möchten, auch tanzen. Bei einem Quiz können Sie Ihr Wissen überprüfen, bei einigen Fragen müssen Sie einfach raten.
Ein musikalischer Nachmittag zum Raten, Wünschen, Mitsingen und Tanzen

oder einfach nur zum Zuhören.
Teilnehmergebühr: 6,00 € (inkl. 1 Kaffeegedeck, 1 Glas Wein, Wiener Würstchen und Salat und viel Musik)

28. Juli 2015; 17 Uhr – 18 Uhr
Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen) Voranmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331/6005069,